

## TLZ exklusiv: Althaus' Bürgergeld-Konzept

# Die Debatte läuft an

Ihre Meinung zum Vorschlag des Ministerpräsidenten

**Weimar.** (tlz) Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) erhält für sein Modell eines solidarischen Bürgergeldes derzeit viel Zustimmung. Der Regierungschef erntet aber ebenfalls Kritik – beispielsweise aus den Reihen der Sozialdemokraten.

Eines ist ihm gelungen jedoch mit seinem Vorstoß gelungen: Er hat eine gesellschaftliche Debatte in Gang gesetzt über eine Idee, die zwar schon älter ist, die durch die von ihm vorgenommenen Weiterentwicklungen aber neuen Schwung erhalten hat.

Die TLZ stellt sein Modell vor und lässt Althaus zu Wort kommen. Am Sonnabend war der erste Teil zu lesen, heute setzen wir den zweiten und letzten Teil seiner Ausführungen zum solidarischen Bürgergeld fort. Jetzt stellt die TLZ das Vorhaben zur Debatte. Althaus hat seine Vorstel-

lungen erläutert. Nun bitten wir Sie, liebe Leserinnen und Leser, um Ihre Meinung.

**i** Schreiben Sie uns: TLZ, Marienstr. 14, 99423 Weimar, Stichwort Bürgergeld oder mailen Sie uns: [chefredaktion@tlz.de](mailto:chefredaktion@tlz.de)

# Ein Sprungbrett zum Mitmachen

Freiheit und Verantwortung, aber auch Verlässlichkeit

■ Von Ministerpräsident  
Dieter Althaus

Für mich ist es der Kern des christlichen Menschenbildes, dass die einmalige und unveräußerliche Würde jedes Menschen unabhängig von seinen Eigenschaften und Leistungen gilt. Sie gründet in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen.

Wir sind zur Freiheit berufen und aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen. In der Verantwortung des Einzelnen bleibt, was er aus eigener Initiative und mit eigenen Kräften leisten kann und die Allgemeinheit hilft, damit er diese Verantwortung wahrnehmen kann.

Nur wem man vertraut, überträgt man Verantwortung. Eine freie Gesellschaft dient der Entfaltung der menschlichen Person in selbstverantworteter Freiheit. Der Mensch ist nach Nell-Breuning Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen.

Jeder ist gefordert, seine Einzigartigkeit, seine Talente, seine Ideen, sein Geschick, seine Ausdauer, seinen Fleiß und seine Kraft einzubringen. Jeder hat ein Recht und, soweit er kann, auch die Pflicht, zu arbeiten. Arbeit ist weit mehr als Broterwerb. Dabei definiert Erwerbsarbeit nur einen Teil der Arbeit, ehrenamtliche Arbeit und Familienarbeit sind ebenso wichtige und unverzichtbare Arbeitsfelder.

Neben der Familienarbeit und dem Ehrenamt, die traditionell nicht finanziell vergütet werden, gibt es – wie

schon erwähnt – zunehmend auch Beschäftigung im Sinne von Erwerbstätigkeit, die nicht mehr zu einem existenzsichernden Einkommen führt.

## ■ Der Blick über den Tellerrand des Sozial- und Steuersystems

Wer Arbeit umfassend wertschätzen und diejenigen, die sie ausführen, würdigen will, muss über den Tellerrand des gegenwärtigen Sozial- und Steuersystems hinausdenken. Die Soziale Marktwirtschaft setzt sowohl auf die positive Kraft des Marktes als auch auf die soziale Sicherheit für jeden Bürger.

Das Grundrecht Menschwürde und das Sozialstaatsprinzip in unserem Grundgesetz garantieren jedem Bürger das Existenzminimum. Manche Politiker appellieren, die Bürger sollten die Sozialleistungen nicht ausnutzen. Mich ärgern solche Phrasen. Schon die Meinungen, ab wann Hilfe des Staates zwingend geboten ist und ab wann sie ausgenutzt wird, gehen sicher weit auseinander.

## ■ Keine Prämie für Faulenzer, sondern Basis für Freiheit

Ein Systemwechsel hin zum Solidarischen Bürgergeld, das, im Sinne einer Negativsteuer, Bürgern mit keinen oder geringeren Einkünften etwas auszahlt, das aber darüber hinaus jedem Er-

werbstätigen mindestens die Hälfte dessen, was er verdient, belässt, ist das Gebot der Stunde.

Der Sicherheitsmann in der Thüringer Staatskanzlei steht dann unter dem Strich besser da als derjenige, der keiner Erwerbsarbeit nachgeht. Die Nachbarin, die sich voll ehrenamtlich engagiert, muss nicht rechtfertigen, warum sie nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und erhält trotzdem ein bedingungsloses, existenzsicherndes Grundeinkommen. Das ist keine Faulenzerprämie, sondern die Basis für die marktwirtschaftliche Freiheit, welche zu den Staatseinnahmen führt, ohne die der Sozialstaat nicht finanzierbar ist.

Das Solidarische Bürgergeld ist ein Sprungbrett zum Mitmachen, kein bequemes Sofa zum Faulenzen.

Aus eigener leidvoller DDR-Erfahrung weiß ich, wie das SED-Regime seinen Bürgern misstraut hat. Deshalb entschied man sich auch für die Plan- statt für die Marktwirtschaft.

Den Menschen etwas zuzutrauen, ihnen zu vertrauen, das ist das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirtschaft. Vertrauen schafft Vertrauen.

Eine Aufgabe zu haben, etwas sinnvolles zu tun, etwas zu leisten, Erfolg zu haben, das gehört seit Menschengedenken zu unserer Motivation. Das kann man nicht verordnen. Lenin hat gesagt: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“. Im Sinne von Ludwig Erhard ist aber Vertrauen

besser als Kontrolle.

Mit dem Solidarischen Bürgergeld zeigen wir nicht nur Vertrauen in die Menschen, wir schaffen auch Anreize etwas zu leisten. Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf den Ehrgeiz der Menschen, nicht auf die Bürokratie.

Trotz des Scheiterns des realexistierenden Sozialismus, gibt es immer noch ein großes Misstrauen gegenüber der Freiheit und der Eigenverantwortung des Einzelnen. Die Alternative Freiheit oder Sozialismus entscheidet sich nur dann zugunsten der Freiheit, wenn es gelingt, die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern. Das solidarische Bürgergeld ist im Sinne von Solidarität und Subsidiarität die bedingungslose Hilfe zur Selbsthilfe.

## ■ Marktwirtschaft ist keine Bedrohung

Das Solidarische Bürgergeld schafft soziale Sicherheit und Verlässlichkeit für jedermann, so dass die Marktwirtschaft nicht als Bedrohung empfunden wird. Solidarisches Bürgergeld und Soziale Marktwirtschaft gehören zusammen. Ausgehend vom christlichen Menschenbild setzen wir auf Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger.

Freiheit und Sicherheit sind für das Gedeihen unseres Gemeinwesens unverzichtbar. Es sind die zwei Seiten einer Medaille. **Ende**